

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Müdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Müdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Beizeile 40 Pfg.

Nummer 38.

Berlin, den 17. September 1911.

12. Jahrgang.

Der Bericht über die Generalversammlung erscheint in nächster Nummer.

An die christlich-nationalen Arbeiter.

Die Organisationen der Sozialdemokratie und ihre Presse haben in letzter Zeit Kundgebungen veranstaltet, in denen in der Hauptsache die deutschen Arbeiter im Falle einer kriegerischen Verwicklung unseres Vaterlandes zum politischen Massenstreik aufgefordert wurden. Infolge dieser Kundgebungen hat sich in den Werkstätten und Fabriken eine lebhaftere Propaganda seitens sozialdemokratischer Arbeiter für den Massenstreik entfaltet, wie lebhaftere Entrüstungsschreiben aus den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiter an die Zentralleitungen beweisen. Der unterzeichnete Ausschuss sieht sich deshalb veranlaßt, die Mitglieder der angeschlossenen Organisationen und alle unsere Freunde aufzufordern, diesem unverantwortlichen, das Ansehen der deutschen Arbeiterschaft schädigenden Streiben mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wir betrachten den Versuch, eine so kritische Lage wie diejenige, in der sich das deutsche Volk gegenwärtig befindet, als einen Verrat an Volk und Vaterland. Wir schätzen die Segnungen des Friedens, der uns seit 40 Jahren beschieden ist, und wünschen die Aufrechterhaltung dieses Friedens. Um so mehr legt allen deutschen Volksgenossen die gegenwärtige kritische Lage die Pflicht auf, die deutsche Nation einig und geschlossen zu erhalten in dem Bestreben, unsere Volkswirtschaft weiter zu entwickeln und dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu sichern, sowie die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches zu wahren. Das Gebaren der Sozialdemokratie ist leider nur zu sehr geeignet, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als würde im Falle einer kriegerischen Verwicklung in Deutschland die soziale Revolution ausbrechen und die Widerstandskraft unserer Nation geschwächt sein. Es ist zudem in höchstem Maße eine Gefährdung des Friedens und ein indirekter Anreiz für das Ausland, die friedliche Entwicklung Deutschlands und seiner Weltwirtschaft gewaltsam zu hindern, nicht zuletzt zum schwersten Schaden der deutschen arbeitenden Stände. Wir erheben gegen dieses vaterlandsfeindliche und arbeiterschädigende Streiben der Sozialdemokratie energischen Protest. Wir fordern zugleich alle christlich und national gesinnten Arbeiter und Angehörigen auf, der Propagierung des politischen Massenstreiks mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Der unterzeichnete Ausschuss erklärt namens der 1 1/4 Millionen Mitglieder der ihm angeschlossenen Organisationen, daß die christlich gesinnten Arbeiter, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten solidarisch mit allen übrigen Ständen und Volksgenossen das Ansehen und die Ehre unseres Vaterlandes in der Stunde der Gefahr verteidigen werden.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeitertages.

Im Auftrage (gez.): F. Behrens, Vorsitzender.
A. Stegerwald, Schriftführer, Bechly, Schatzmeister.



Laß den Schwächling angstvoll zagen!
Wer um Hohes kämpft, muß wagen;
Leben gilt es oder Tod!
Laß die Wogen donnernd branden,
Nur bleib immer, magst du landen
Oder scheitern, selbst Pilot.

A. v. Snelssena.

Die Tarifbewegung in den Berichtsjahren 1909 und 1910.

Durch die Taktik des Arbeitgeberbundes, den Tarifverträgen einheitliche Ablaufstermine zu verschaffen, sind

mit dahingekommen, daß einem Jahre hochgehender tarifpolitischer Erörterungen und Belästigung Jahre der Ruhe und tariflicher Mäßigkeit folgen. Die Parteien haben so Gelegenheit, die Vorzüge und Nachteile des Geschaffenen in Ruhe abzutragen und Pläne auf entsprechende Veränderungen vorzubereiten. Auf den einheitlichen Ablaufstermin, seine Vorzüge und Öffnungen für die eine Partei, seine Gefahren und Befürchtungen auf der anderen Seite, wollen wir heute nicht näher eingehen, zumal eine einseitige Beurteilung des Systems auch nach den Vorgängen des Jahres 1910 kaum möglich ist. Es müssen also weitere Erprobungen abgewartet werden. Wir erwähnen das System und den im Jahre 1908 erzielten Arbeitgebererfolg auch nur zu dem Zwecke, den Unterschied über den Umfang der Tarifbewegungen der beiden Jahre zu erklären.

Das Jahr 1909 gehörte zu den ruhigen Jahren, da die im Jahre 1908 abgeschlossenen Verträge fast ausschließlich als Ablaufstermin das Jahr 1910 erhalten hatten. Es handelte sich bei Abschluß von Tarifverträgen im Jahre 1909 also um solche Vertragsgebiete, die bei früheren Abschüssen mit dem Ablaufstermin über das Jahr 1908 hinweg bis zum Jahre 1909 kamen, oder aber — und dieses war wohl die Mehrzahl — um Gebiete, in welchen Erfindungsverträge zustande kamen.

Insgesamt war unser Verband im Jahre 1909 an 61 Vertragsabschlüssen beteiligt. Die 61 Vertragsgebiete umfaßten 476 Orte mit 916 Betrieben und 6582 Mitgliedern. 19 der Verträge umfaßten nur einen Beruf, und zwar 12 nur Maurer, 3 nur Zimmerer und 4 nur Stuckateure. Die Maurer und Bauhilfsarbeiter umfaßten 15 Verträge, weitere 12 die Maurer und Zimmerer, und noch weitere 15 Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Demnach waren insgesamt beteiligt die Maurer 54 mal, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer je 30 mal und die Stuckateure 4 mal. An materiellen Erfolgen wurden durch die Tarifbewegung, teils auch durch Bewegungen, welche nicht direkt zum Verträge führten, erzielt: Für 4449 Mitglieder ein Gesamteinkommen von 296 088 M.

Gehörte das Jahr 1909 zu den ruhigen Jahren auf dem Gebiete der Tarifbewegung, so trifft für den Nachfolger das Gegenteil wohl in des Wortes vollster Bedeutung zu. Die Vorgänge in 1910 sind wohl noch in aller Erinnerung, so daß man dieselben nicht aufzuzählen braucht. Es genügt der Hinweis, daß nach dem Dresdener Schiedsspruch in allen Orten, in denen bisher Verträge bestanden hatten, oder die sich an der Bewegung beteiligt hatten, auch jetzt wieder Verträge abgeschlossen werden mußten. Unsere Organisation war mit 31 292 Mitgliedern an 145 abgelaufenen Verträgen beteiligt. Da sich die Arbeitgeber in einer Anzahl weiterer Orte, in denen bisher keine Verträge bestanden hatten, an der Aussperrung beteiligten, und weiter einzelne bisher große Vertragsgebiete in mehrere Vertragsgebiete zerlegt wurden, hätte unser Verband im Jahre 1910 221 neue Vertragsabschlüsse vollziehen müssen, das heißt, wenn alles glatt konstatieren gegangen wäre. Doch es kam anders. Die Arbeitgeber einer ganzen Anzahl Orte waren wohl im Frühjahr 1910 recht aussperrungsfähig, waren aber nachher nicht konsequent genug, nun auch die Folgen durch Vertragsabschluß zu übernehmen. Sie sträubten sich bis zum Neuesten, da ihnen die schiedsgerichtlichen Bedingungen, insbesondere diejenigen über Lohn und Arbeitszeit nicht zusagten. So ist es gekommen, daß wir unsere Tarifpolitik für 1910 statt mit 221 neuen Abschlüssen mit 152 abschließen mußten.

Die vorliegenden 152 Verträge umfaßten 279 Lohngebiete mit 4150 Orten, 7499 Betrieben und 25 941 Mitgliedern. Die Vertragsorte haben Einwohner: Unter 5000 haben 3581, 5 bis 10 000 haben 218 Orte, 42 Orte haben 50 bis 100 000 und 51 Vertragsorte zählen über 100 000. Von den Verträgen sind nur 29 für einzelne Berufe, und zwar 8 für Maurer, 1 für Zimmerer, 11 für Stuckateure, 2 für Dachdecker, 5 für Fliesenleger und 2 für Zementarbeiter. Die übrigen Verträge umfaßten in 26 Fällen die Maurer und Bauhilfsarbeiter, in 23 die Maurer und Zimmerer, in 71 die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter und je 1 die Fliesenleger und Bauhilfsarbeiter und die Stuckateure und Bauhilfsarbeiter. Demnach sind die Berufe insgesamt beteiligt: Die Maurer 128 mal, die Bauhilfsarbeiter 99 mal, die Zimmerer 95 mal, die Stuckateure 12 mal, die Fliesenleger 6 mal und die Dachdecker und Zementarbeiter je 2 mal.

Daß der Arbeitgeberverband mit seinen Bestrebungen auf einheitliche Ablaufstermine wiederum ein Stück vorwärts gekommen ist, geht daraus hervor, daß von den 152 Verträgen 145 als Endtermin das Jahr 1913 und von diesen wiederum 137 den 31. März haben. 6 Verträge haben nur Gültigkeit bis 1912, während einer bis zum Jahre 1914 läuft. Kündigungs- resp. Verhandlungsfristen sind nur in 11 Fällen vorgesehen. Letzteres ist erklärlich, da durch die einheitlichen Ablaufstermine der Weg zu zentralen Verhandlungen führen muß.

Das Einigungsweesen zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis hat durch die Bewegung in vergangener Jahre einen weiteren Ausbau erfahren, indem alle Verträge, welche auf Grund der großen Be-

wegung zum Abschluß kamen und der Genehmigung der Zentralvorstände bedürften, neben den üblichen Schlichtungskommissionen noch eine zweite Instanz erhalten haben. Außerdem wurde als oberste Instanz noch ein zentrales Schiedsgericht geschaffen. Schlichtungskommissionen bestehen in 151 Vertragsgebieten und nur 1 Vertrag sieht keine solche Kommission vor. In 9 Vertragsgebieten bestehen mehrere Schlichtungskommissionen, so daß in den 151 Vertragsgebieten ca. 250 Schlichtungskommissionen wirken.

Die Arbeitszeit ist in allen Vertragsgebieten tariflich geregelt, indem zum wenigsten die in den Sommermonaten längste zulässige Zeit festgelegt ist. In 117 Verträgen ist jedoch auch die für die Wintermonate zulässige kürzeste Arbeitszeit geregelt. In 5 Vertragsgebieten ist die Arbeitszeit das ganze Jahr hindurch eine gleichmäßige lange, und zwar beträgt dieselbe in 3 Fällen 9 Stunden, in je einem Fall 8 1/2, resp. 8 Stunden. Die Sommerarbeitszeit, welche für das Baugewerbe als die normale in Betracht kommt, beträgt in 3 Vertragsgebieten 10 1/2, in 126 10, in 1 9/4, in 15 9/4, in 4 9, in 2 8 1/2 und in 1 8 Stunden.

Die für die Wintermonate als kürzeste zulässige Arbeitszeit beträgt 3 mal 9, 1 mal 8 1/2, 24 mal 8, 2 mal 7 1/2, 44 mal 7 1/2 und 43 mal 7 Stunden. In einer Anzahl Vertragsgebieten kann bei genügender Beleuchtung diese Arbeitszeit durch gegenseitige Vereinbarung allerdings bis zur normalen ausgedehnt werden.

Der Paragraph, welcher die Auflösung des Arbeitsverhältnisses behandelt, zeigt uns, daß im Baugewerbe beide Vertragskontrahenten die Freiheit lieben, denn in 138 Verträgen ist ausdrücklich gesagt, daß die Auflösung des Arbeitsverhältnisses von beiden Seiten jederzeit erfolgen kann. In 7 Fällen beträgt die Kündigung 1 Tag, in 2 Fällen 6, in 3 Fällen 7 und in 1 Fall 14 Tage. In 3 großen Vertragsgebieten sind die Lösungsbedingungen nach Lohngebieten verschieden, indem dieselben teils 14 Tage, teils 1 Woche betragen.

Als Lohnzahlungsperiode bürgert sich die 8 tägige Lohnzahlung immer mehr ein. In 149 Verträgen ist dieselbe tariflich geregelt, sie beträgt in rund 100 Vertragsgebieten 1 Woche, in 44 14 Tage und in 5 Gebieten ist dieselbe noch verschieden.

Die Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit haben die verschiedenartigste Regelung erfahren. In 112 Fällen beträgt der Zuschlag für Ueberstunden 5 bis 20 Pf. und in 37 Fällen 10 bis 50%. In den meisten Fällen beträgt derselbe 10 bis 15 Pf. Die Zuschläge für Nachtarbeit betragen in 74 Vertragsgebieten 25 bis 100% und in weiteren 74 6 bis 40 Pf. pro Stunde. Hauptächlich kommen Zuschläge mit 50% in Betracht. Bei der Sonntagsarbeit kommen Zuschläge von 25 bis 100% und von 5 bis 50 Pf. in Betracht, und zwar in 81 Fällen die Prozentberechnung und in 63 Fällen ein bestimmter Pfenningfuß. Vorherrschend sind die Zuschläge mit 100%.

An weiteren Zuschlägen sind tarifliche Regelungen erfolgt: für Wasser- und schmutzige Arbeiten in 94 Vertragsgebieten. Die Höhe der Zuschläge schwankt von 3 Pf. bis zu 50%. Für Karbolinumarbeiten sind in 59 Vertragsgebieten Zuschläge von 2 Pf. bis 50% vereinbart. Für hohe Gerüst- und Turmarbeiten sind durch 34 Verträge Zuschläge von 5 Pf. bis 50% vereinbart.

Für Junggesellen und jugendliche Arbeiter sowie für Altersschwache kann nach den Bestimmungen von 145 Verträgen ein niedrigerer als der tariflich festgesetzte Lohn gezahlt werden. Derselbe ist für die Junggesellen in 41 Fällen direkt festgelegt, nach den übrigen Verträgen beruht die Festsetzung des Lohnes auf freier Vereinbarung, wie dieses für die altersschwachen Kollegen in allen Vertragsgebieten der Fall ist.

Dieser kurze Auszug aus dem Inhalt der abgeschlossenen Verträge weist in vielen Punkten noch große Verschiedenartigkeiten auf, so daß Bestrebungen nach mehr Vereinheitlichung nicht nur berechtigt, sondern geboten erscheinen. Alles wird sich dabei nicht schematisieren lassen, vieles aber wird sich bei gutem Willen der Parteien zu einem einheitlichen System zusammenfassen lassen. Wir denken da u. a. an die Lohnzahlungsperiode, Lohnzahlung, Entlassungsbedingungen usw. Immerhin muß anerkannt werden, daß die Tarifbewegung von 1910 vieles zur Vereinheitlichung der Tarifverträge beigetragen hat. Tragen wir mit dazu bei, daß auf dem beschrittenen Wege weiter gebaut wird.

Der Königsberger Terrorismusfall und die Schlichtungskommission.

In Königsberg i. Pr. wurde am 10. Juli unser dortiges Mitglied E. Kahlan deshalb entlassen, weil die sozialdemokratisch organisierten Bauarbeiter sonst die Arbeit einzustellen drohten. Der Grund lag lediglich in der Zugehörigkeit des K. zum christlichen Bauarbeiterverband, auch der Bauhülfer Siebert befristete. Unsere Königsberger Lokalverwaltung brachte die Angelegenheit vor die

heimlicher Abstimmung die einer Herausforderung gleichenden Angebote ab.

Allerorten nimmt die christliche Arbeiterschaft zu der Auspeppung der christlichen Tabakarbeiter Stellung. Die Fabrikanten werden gar bald erkennen müssen, daß sie bei ihrer Rechnung, den christlichen Tabakarbeiter-Verband zu unterstellen, die Solidität und die Energie der christlichen Arbeiter als Konsumenten vergessen haben.

Die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910.

Das Reichsarbeitsblatt (Nr. 8) veröffentlicht eine ausführliche Statistik über die Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1910, aus der folgende Zahlen interessieren dürften. Am Schlusse des Jahres 1910 bestanden im Deutschen Reich 916 Gewerbegerichte. Unter ihnen befanden sich 423 Zünftschiedsgerichte. In Preußen betrug die Zahl der Gewerbegerichte 266 und die der Zünftschiedsgerichte 321.

Der deutsche Bauarbeiterverband und die rote Wahlkaffe.

Die Frankfurter sozialdemokratische „Volksstimme“ schreibt in ihrer Nummer vom 30. August über eine am 27. August zu Frankfurt a. M. stattgefundene Generalversammlung des „freien“ Bauarbeiterverbandes:

Zur Reichstagswahl ermahnt Wilh. Schmeider (Vorstandsmitglied) und hält es für unsere unbedingte Pflicht für die kommende Reichstagswahl, es möchten sich die Zahlstellenverwaltungen lebhaft an den Arbeiten beteiligen und dafür sorgen helfen, daß Lokale zu Versammlungen zur Verfügung stehen.

Die Düsseldorf sozialdemokratische „Volkszeitung“ quittiert folgende Beiträge „freier“ Gewerkschaften zu der roten Wahlkaffe: In ihrer Nr. 167: Verband der Steinarbeiter 50 M., Nr. 173: Bauarbeiter 500 M., Nr. 175: Metallarbeiter 500 M., Nr. 176: Bäcker 25 M., Nr. 180: Textilarbeiter 25 M., Nr. 187: Holzarbeiter 200 M., Nr. 187: Gas- und Schenkwirte 20 M., Nr. 192: Böttcher 10 M., Nr. 192: Dachdecker 20 M., Nr. 197: Maler und Anstreicher 200 M., Nr. 197: Bauarbeiterverband (Gilden) 20 M.

Darin liegen natürlich auch die Beiträge der nichtsozialdemokratischen „freien“ Gewerkschaftler. Wahrlich, die dümmsten Käiber...

Die 2. Vertreterversammlung des Verbandes evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands.

Am 18. und 19. September 1911 in Dresden. Die reichhaltige Tagesordnung enthält folgende Hauptpunkte: Vorträge: 1. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die nationale Arbeiterbewegung. Herr Pastor Dregler, Kleinmachwitz bei Dresden. 2. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die Innere Mission. Herr Pastor Scheffler, Berlin-Dahlem. 3. Die evangelischen Arbeiterinnenvereine und die christliche Frauenbewegung. Frein E. v. Werthern-Cassel. Ein öffentlicher Vortrag mit Lichtbildern. Die Gartenstadt Helleran, Referent Dr. W. Dohrn.

Ein großes Fiasko.

Die gelben Werkvereine im Ruhrgebiet haben am 27. August in Essen das dritte Stiftungsfest des nationalen Werkvereins der Firma Krupp gefeiert. Die gelbe und gelblich-lila Kaputt-Preise brachte von der Veranstaltung überaus wenig Berichte, in denen von 3500-4000 Teilnehmern am Festzug geprahlt wird.

Uebrigens hat die gelbe Bewegung im Ruhrgebiet trotz der Aufspaltung durch das Großkapital ein prächtiges Ergebnis erzielt. Abgesehen vielleicht von dem kreisbauartig geordneten Kruppischen Verein kann man von einem wirklichen Fiasko der Pläne reden, die von Großkapitalisten nach dieser Richtung hin geschmiebt wurden.

hängig wäre. — Armes Vaterland, das keine besseren Ehre und Verdienste hätte, wie die bestirnten Mitglieder grundsätzlicher Vereinigungen, die ihr schönstes Arbeiterrecht um das zweifelhafte Einverständnis vorgenannter Wohlthäter und augenblicklicher materieller Vorteile preisgeben. Das Vaterland braucht aufrechte Männer, mutige Kämpfer. Mit Krücheln und Gesoten ist ihm nicht gebient.

Sittlichkeit bei „höheren“ und „niederen“ Töchtern.

Eine schwere Beleidigung hat die Handelskammer Halberstadt in einem Artikel: „Höhere Töchter als Verkäuferinnen“ gegen die Frauenwelt der minderbemittelten Volksschicht gerichtet. In dem Artikel, der für die Heranziehung „höherer“ Töchter als Verkäuferinnen Stimmung macht, wird nach der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 964, 1. Sept. 1911) „darauf hingewiesen, daß das große Heer der „Verkaufsdamen“ sich gegenwärtig fast ausschließlich aus den niederen Bevölkerungsklassen rekrutiere. Dementsprechend sei auch das geistige und sittliche Niveau der Mädchen im großen und ganzen sehr niedrig.“

Gegen diese Verkaufsdamenverdächtigung der minderbemittelten Frauen und Mädchen muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden. Wo nimmt die Handelskammer Halberstadt, vorangehend, daß die „Köln. Ztg.“ den Artikel richtig wiedergibt, das Recht und die Unterlagen für diesen Artikel her? Wahre Sittlichkeit ist kein Postulat der besitzenden Stände und räudige Schafe gibt es in allen Klassen und Bevölkerungsschichten, sogar bis in sehr hohe Kreise hinauf. Wir versagen es uns, dies aus Ständalprozessen der letzten Jahre näher zu belegen, aber wie sich jeder Stand und jede Volksgruppe mit Recht dagegen verwahrt, nach ihren entarteten und unwürdigen Gliedern beurteilt zu werden, so tun dies auch die „niederen“ Bevölkerungsschichten, deren Töchter bisher weber zu sein noch zu bequem dazu gewesen sind, als Verkäuferinnen ihre Existenz zu suchen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Düsseldorf, die Firma Jensen für Zimmerer-Verein (Dachdecker) die Firma Uthaus, Aderstr., Essen (Fliesenleger) Sperrt über die Essener Baumaterialien, Vertriebsgesellschaft Lange u. Comp., Köln, für Plattenleger die Zwischenmeister Geschen, Lüdinghausen (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Fischbach, Satz (Sperrt über den dortigen Kirchenbau), Duisburg, Fliesenleger (Sperrt über den Zwischenmeister Krüskens). Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Bodrum.

Gewerkschaften. Zureisende Stufentaxe werden hiermit gewarnt, bei Robert Frankhold, Stufentaxenmeister, in Arbeit zu treten, da derselbe keine Gewähr für Lohnauszahlung bietet.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 17. September, der neunundzwanzigste Wochenbeirag fällig ist.

Cöln. (Schwindel-Statistik.) Der Gauleiter Piepenbrink vom sozialdemokratischen Dachdecker-Verbande hat im Auftrage des Gauvorstandes eine Statistik über Anzahl der sozialdemokratischen und christlich organisierten und indifferenter Dachdecker, sowie Zahl der Arbeitgeber mittels Fragebogen in seinen Zahlstellen veranstaltet und in Nr. 34 der Dachdeckerzeitung veröffentlicht. Ein größerer Schwindel wie diese Statistik, läßt sich nicht denken. Sowohl die Zahlstellenverwaltungen als auch die Gauleitung scheinen die Wichtigkeit zu haben, unsere christliche Dachdeckerorganisation mit der Statistik zu erschlagen. Daß die Beantwortung der Fragebogen durch die Zahlstellenverwaltungen auf Schwindelberufung beruht, wundert uns nicht, da an dem Eise des Gauleiters Piepenbrink — Cöln — der Schwindel recht kraß betrieben ist. Piepenbrink gibt für Cöln ganze 9 christlich organisierte Dachdecker an. Dabei weiß Piepenbrink ganz genau, daß wir in Cöln in zwei großen Dachdecker-geschäften allein 18 Mitglieder haben. Unsere Ortsgruppe in Cöln zählte am 1. Juli d. J. 33 Mitglieder, der Gauleiter Piepenbrink aber läßt uns nur mit 9 in seiner „Statistik“ aufzuführen. — Ähnlich wie in Cöln, ist auch für den ganzen Bezirk geschwindelt. In dem Bezirk, dem Piepenbrink vorsteht, hat unsere Organisation über 200 Mitglieder. Piepenbrink behauptet, daß unser Gauvorstand bringt es aber fertig, „statistisch nachzuweisen“, daß nur 56 christlich organisierte Dachdecker vorhanden sind. Wer so die Wahrheit franguliert, verfallt der Lächerlichkeit. Unsere Kollegen ersuchen daraus, wie die Statistiken der sozialdemokratischen Verbände zu bewerten sind.

Elberfeld. Hier wird zurzeit von der Volatagegesellschaft in Cöln das Kaiserhofhotel angeführt. Wir haben schon einmal berichtet, daß diese Baustelle eine Stätte der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ist. Es ist nämlich nicht möglich, daß dort ein christlich organisierter Bauarbeiter längere Zeit arbeiten kann. Die „Genossen“ eiteln ihn schon hinaus. Dazu sind sie stark genug. Aber die Mißstände in bezug auf den Bauarbeiterlohn zu beheben, da verlagert anscheinend ihre Stärke. Anders sind die Lamentos in der hiesigen sozialdemokratischen „Freien Presse“ über die Mißstände auf dieser Baustelle an Gerüchten nicht zu beurteilen. Daraus muß man die Auffassung gewinnen, daß dort, wo „Genossen“ unter sich sind, die Unternehmer sich alles erlauben können, denn es ist fast nicht zu glauben, daß an einer Baustelle, wo alle organisiert sind und dazu noch alle „rot“, solche Mißstände, wie sie im nachfolgenden der der sozialdemokratischen „Freien Presse“ entnommene Bericht aus dem Bureau des Bauarbeiterverbandes aufweist, dort herrschen können. Ein ähnliches Lamentos ist schon einmal in Nr. 180 desselben Blattes erschienen. Die sozialdem. „Freie Presse“ schreibt in Nr. 206: „Aus dem Bureau des Bauarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Die Volatagegesellschaft in Cöln führt zurzeit hier das Kaiserhofhotel auf. An dem betreffenden Bau sind etwa 150 Arbeiter beschäftigt (und rot organisiert). D. E.). Nun sollte man annehmen, daß bei einer solchen Großfirma (und bei vollständiger roter Organisation, D. E.) auch die besten Arbeits- und Betriebsmittel vorhanden wären. Die dort beschäftigten Arbeiter wissen aber ein anderes Lied davon zu singen. Wir haben kürzlich schon darauf hingewiesen, daß wir hier im Wuppertal noch selten einen Bau gesehen haben, an dem die Missethäter so mangelhaft seien, wie an diesem Großbau bei einer Weltfirma (selten auch einem, wo die Genossen so allein sind, wie dort, D. E.). Fortgesetzt gehen uns Klagen über den chronischen Mangel an Gerüstbrettern zu, der an diesem Bau herrscht. Man braucht kein allzu erfahrener Fachmann zu sein, um beurteilen zu können, daß die Kupfergerüste den sachmännlichen Grundfragen nicht entsprechen. Wie uns aber von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, sind die Summengerüste um kein Zota besser, womöglich

noch schlechter. Die Gerüste bestehen dort nach diesen Angaben sehr häufig nur aus einem, höchstens nur aus zwei Brettern, auf denen das Material gelagert werden muß und worauf der Arbeiter steht, um seine Arbeit zu verrichten (recht bezeichnend, D. E.). Die Unfallverhütungsvorschriften schreiben für derartige Gerüste eine Breite von 1,50 Meter vor. Auch sollen Handbreiter angebracht sein, die das Herabfallen von Material verhindern sollen. Von den Arbeitern sind die betr. Arbeiter sowie der Bauführer Kellner angeklagt (von uns hervorgehoben, D. E.) des öfteren auf diese Mängel aufmerksam gemacht worden, jedoch ist Abhilfe noch nicht geschaffen worden. (D. E.) Von einem Polier soll sogar einem Maurer, der denselben darauf aufmerksam machte, daß er ohne Kühlung die ihm übertragene Arbeit nicht ausführen könne, gesagt worden sein, es scheine ihm (dem Polier), als ob der Maurer zu faul zum Arbeiten sei. Statt für genügend Kühlung zu sorgen, daß die Arbeiter auch ohne außergewöhnliche Gefahr ihre Arbeit verrichten können, scheint Herr Kellner seine Aufgabe darin zu erblicken, zu beobachten, ob nicht vielleicht der eine oder andere Arbeiter einmal den Rücken gerademacht oder aber gar einmal mit einer brennenden Zigarre nach der Pause die Leiter heraufgeht. So etwas muß gerochen werden. Zu Feierabend erhalten diese Leute dann ihre Papiere und werden entlassen. Dabei soll es aber auch schon vorgekommen sein, daß er die Leute an dem betr. Tage nicht entlassen konnte, weil ihm angeblich das „kleine Geld“ fehlte. Wie die meisten Großstadtklanten, hat auch diese ihre Betriebskrankheit. Bei eintretender Krankheit muß der Arbeiter einen Arztbesuch haben, der aber nur von der Firma resp. deren Vertreter ausgestellt wird, da ohne einen solchen jeder Arzt die Behandlung ablehnt. Hierbei soll es nun schon vorgekommen sein, daß erkrankte Arbeiter oder deren Angehörige Kundendienst auf die Ausstellung eines solchen haben warten müssen, in einem Falle sogar, trotzdem der Bauführer auf der Baustelle anwesend war. Damit wollen wir es für heute bewenden lassen in der Hoffnung, daß diese Heilen dazu beitragen, die Uebelstände zu beseitigen. (Es ist geradezu zum Bewundern, D. E.) Bemerkten wollen wir aber noch, daß die Arbeiter Klagen, auch den städtischen Bautechnischen Vorbeurteilern an, die diesen Mißstände aufmerksam gemacht zu haben, ohne daß ein großer Teil (siehe Gerüste) beseitigt worden wäre.“ (Welche Langmut mit der Volatagegesellschaft! D. E.) — Im „Terror“ gegen „Infergegnisse“ stark. Zum Schluß für „Leben und Gesundheit“ schwach. Kommentar überflüssig, D. E.

Mürnberg. Zu fortwährenden Streitigkeiten fährt hier die Affordarbeit. Mit der Frage, ob sie am Orte üblich sei oder nicht, befaßte sich die Schlichtungskommission bereits einige Male. Schon im vorigen Jahre wurden die Arbeitgeber beauftragt, Material zur Klärung dieser Frage beizubringen. Bis jetzt ist das jedoch nicht geschehen; und wie nicht anders anzunehmen ist, weil auch sie eingesehen haben, daß für Nürnberg die Affordarbeit keineswegs als „ortsüblich“ nachzuweisen werden kann. Nicht zu verkennen ist es daher auch den Arbeiterorganisationen, wenn sie sich gegen die Einführung der Affordarbeit entschieden wehren. Nicht zu entschuldigen aber ist es, wenn Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes entgegen dem Betrage die Arbeit niederlegen, wie das nun schon einige Male geschehen ist, weil einige „Affordmutter“ (sozialdemokratisch organisierte) ihre „Künste“ zu zeigen versuchen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß ein Verband andere Mittel hat und haben muß, um seine Mitglieder von der Schädlichkeit der Affordarbeit zu überzeugen, als den Streik. Wohin führt es denn schließlich, wenn trotz des bestehenden Vertrages Arbeitsniederlegungen nur so an der Tagesordnung sind. Zwar erklären die Führer, daß sie mit der Handlungsweise der Vertragsbrecher nicht einverstanden sind. Aber ist denn damit dem Betrage in etwas gedient? Wohin soll es denn führen, wenn die Beträge mit den Organisationsleistungen abgeschlossen werden und die Mitglieder hören sich an diesen Abmachungen nicht, sondern maßregeln Andersorganisierte und stellen die Arbeit ein, wenn es ihnen gefällt? Unter solchen Umständen braucht es einen wirklich nicht zu wundern, wenn Meinungen austauschen, daß der Tarifvertrag nicht das ist, was er sein soll und muß, ein Träger des gewerblichen Fortschritts. Will sich also die Zeitung nicht selbst in ein fallendes Licht stellen, dann genügen obige Erklärungen nicht. Sie muß dann zeigen, daß ihr der abgeschlossene Vertrag unantastbar ist, indem sie gegen die Schuldigen unerschrocken vorgeht. Die Affordanten hat man in Nürnberg einfach aus dem Verbandsrang ausgeschlossen. Warum ging man nicht auch gegen die vor, welche christlich organisierte in schimpflicher Weise um Arbeit und Brot brachten? Uns ist trotz des Vertrags § 10 nicht bekannt, daß diesen „Selben“ ein Härchen gekrümmt worden ist. Im Gegenteile. Was aber ist mehr zu beurteilen, in Afford zu arbeiten, oder Andersorganisierte brotlos zu machen?, von den tariflichen Verstößen bei letzterem ganz abgesehen. So lange aber die Zeitung gegenüber diesem Treiben keine energischen Maßnahmen anwendet, kündigt die Versicherung, daß man bestrebt sei, den Vertrag in allen Teilen hochzuhalten, fast wie ein Märchen. Nicht verkann soll auch werden, daß wenn die Zeitung wirklich in solchen Fällen konsequent handeln würde, sie kann auch noch „nicht aller Tage Abend gesehen hätte“. Aber wie sagt man doch: „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los“. (Der Fall a la Pannekol lehrte vieles.) Gefahren für Koalition und Tarifvertrag aber sind die natürlichsten Folgen solcher Erscheinungen. Obwohl seit Monatsfrist die Konjunktur nicht besonders gut ist, herrscht in unserer Verwaltungskasse doch recht reges Leben. 9 Aufnahmen und 7 Uebertritte aus den sozialdemokratischen Verbänden waren das Resultat der letzten Wochen. Jeneis dafür legte auch der frische Geist, welcher in unserer Versammlung vom 29. August herrschte, in der außer dem Referate des Kollegen Lang über „Die Reichsversicherungsordnung“, die Verhandlungen der beiden letzten Schlichtungskommissionssitzungen“ und „Was lehren uns die jüngsten Terrorismussfälle“ behandelt wurden. Am Hand von Beispielen erläuterte Kollege Lang die neuen Bestimmungen der sozialen Versicherungs-gesetze. Daraus folgend zeichnete er die unverkennbare Gehe der sogenannten Arbeiterpartei und nebst deren Verbündeten, der sozialdemokratischen Gewerkschaften, die in unverantwortlicher Weise das Errungene in Grund und Boden treten. Bewußt wäre auch mancher Wunsch der christlichen Arbeiter unbedachtlich geäußert, aber Tatsache sei doch, daß durch die Reform den deutschen Arbeitern jährlich ca. 200 Millionen mehr zugewendet würden. Nicht minder wichtig sei aber auch das Fundament, das für die Hinterbliebenenversicherung geschaffen und damit für diese eine bessere Entwicklung ermöglichte. Wer aber all' dieses in einer Weise, wie es die Sozialdemokratie tut, bekämpfte, dem müßte schon jegliches Verantwortungsgefühl fremd sein. Auch hier zeige sich wieder, wie notwendig eine starke christliche Arbeiterbewegung sei. Ueber die Verhandlungen der Schlichtungskommission entspann sich eine rege Debatte, welche sehr zur Klärung des § 5 des Vertrags beitrug. „Was lehren uns die jüngsten Terrorismussfälle?“, zeigte in kurzen Ausfaltungen der Referent. Wie wir im Kampfe bisher gewachsen, so müsse es auch für die Zukunft bleiben. Die alte Einigkeit hochgehalten, noch mehr Mitarbeiter vor die Front, Mut und Begeisterung aufs neue befeelen, dann würde auch künftig der sozialdemokratische Terrorismus für unsere Verwaltungskasse sein ein Teil jener Kraft, die zwar das Böse gewollt, aber das Gute schaffte. „Und nun, Kollegen, mit neuem Mut auf die Schranken. Meine inner mehr zurück. Der Krieg ist uns erklärt. Mit den schimpflichsten Waffen kämpft der Gegner. Zeigen wir ihm, daß wir auch als christliche Arbeiter ein Recht auf Gottes Erb haben und

nicht gewillt sind, unsere Rechte mit Fiklen treten zu lassen. Durch weitere Stärkung unseres Verbandes werden wir auch dies Ziel erreichen. Darum auf, durch Kampf zu neuen Siegen.

Strasbourg: Daß die christlichen Genossen und ihre Parteipresse die christlichen Gewerkschaften und deren Führer mit allen Mitteln bekämpfen, dafür haben wir an dieser Stelle wiederholt den Beweis geliefert. Über dem Sozialbeamten des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes Kenner aus Strasbourg gebührt nun doch das zweifelhafte Verdienst, das niedrigste Mittel gegen die Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes gefunden zu haben. Dieser rote Heiß schreibt nämlich in der Nr. 164 der Straßburger sozialdemokratischen "Freien" Presse folgendes:

"Eine echt 'christliche' Tat in Aussicht. Wie der Bauunternehmer J. A. Rid aus Bischweiler persönlich mitgeteilt hat, hat sich die Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes bereit erklärt, die von dem Deutschen Bauarbeiterverband gesperrten Bauten durch andere Arbeiter zu ersetzen. Wir glauben nicht, daß Herr Rid die Unwahrheit gesagt hat. Ob sich unter den Mitgliedern wirklich welche finden, die einer solchen Parole der Leitung Folge leisten, mag die Zukunft lehren. Sollte es der Fall sein, so würde das den 'Christlichen' sehr ähnlich sehen. Es heißt also, die Augen offen halten, um diesen zu Streich zu vereiteln."

Wir haben uns daraufhin sofort an den Bauunternehmer J. A. Rid um Aufklärung gewandt. Herr Rid hat uns auf das bestimmteste erklärt, daß der "Genosse" Kenner in ganz gemeiner Weise geschwänbelt habe. Er hätte in einer Unterredung mit Kenner gesagt: Ich bekomme schon Leute ohne Euch! Das schloß an der Sache ist, daß die Leitung des christlichen Verbandes sich um den Streik der Bauarbeiter in Bischweiler überhaupt nicht gekümmert und noch nie in Bischweiler Agitationsversuche unternommen hat, infolgedessen auch Herr Rid nicht kommen konnte. Höher kann man die Unverschämtheit in der Verleumdung der christlichen Gewerkschaften denn doch wohl nicht scharben. Wer mit solchen Mitteln Gegner bekämpfen muß, mit dem ist es wahrlich traurig gestellt! In einer solchen Verleumdung offenbart sich der ganze Abgrund moralischer Verwilderung (!), den die materialistische, ungläubige Weltanschauung der revolutionären Sozialdemokratie naturnotwendig mit sich bringt. Hier wäre es wirklich eine dankbare Aufgabe für die rote Presse im Elsaß, mit ihrer "Erziehungsbearbeitung" einzusetzen. Öffentlich geschändet. (?) Angesichts einer solchen Verleumdung der christlichen Bauarbeiterorganisation gibt es nur ein wirkungsvolles Mittel, diesen Leuten Einhalt zu tun. Nämlich: Es müssen die christlich organisierten Bauarbeiter mit verdoppelten Kräften arbeiten, um ihre Organisation zu stärken. — Christlich organisierte Bauarbeiter im ganzen Elsaß, nehmen wir daher Veranlassung, mit aller Macht und zäher Ausdauer für die weitere Ausbreitung unserer Organisation tätig zu sein. Es ist im Elsaß heute zur Gewissenspflicht geworden, unsere Reihen stärken zu helfen, um endlich der roten Schlammschlur und der drohenden Volksverwilderung einen festen Damm entgegenzusetzen. Deshalb auf zu weiterer Arbeit. Trotz alledem!

Trier (Schöndorf). Am Sonntag, den 27. August, fand bei Trier Steffes eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Außer unserm Sozialbeamten Kollegen Vaque hatten sich auch einige Kollegen von Waldrach mit eingelesen. Kollege Triefen von Waldrach sprach zuerst über die wirtschaftliche und soziale Lage des Arbeiterstandes. Kollege Vaque behandelte die christlichen Gewerkschaften unter Berücksichtigung der gegnerischen Organisationen, besonders der sogenannten "freien", in Wirklichkeit aber sozialistischen Gewerkschaften. Durch das Hineintragen der sozialistischen Ideen in die deutsche Arbeiterbewegung war die Gründung der christlichen Gewerkschaften eine Naturnotwendigkeit geworden. Alle christlich gesinnten Arbeiter haben deshalb die Pflicht, durch Masseneintritt und Ausbreitung an der weiteren Stärkung mitzuwirken. Da für uns in erster Linie der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands in Frage kommt, so muß alles daran gesetzt werden, die letzten Bauarbeiter von Trier und Umgebung für uns zu gewinnen. Jeder Kollege muß ein Agitator für unsere Sache werden. Reicher Beifall lobte beiden Rednern. Eine Diskussion seitens der Anwesenden wurde nicht gewünscht. Nachdem nun inzwischen eine schöne Anzahl ihren Beitritt zum Verband erklärten, verlangten die Kollegen, auch in Schöndorf eine Zelle zu gründen, um so mit vereinten Kräften an dem weiteren Ausbau unseres Verbandes mitzuwirken. Aus der Zahl gingen folgende Kollegen hervor: Will. Steffes als Vorsitzender, Math. Schmitt (Haber) als Kassierer, Will. Triefen (Koh) als Schriftführer, Will. Triefen (Blau) und Math. Oberhausen als Revisoren. Der Vorsitzende Steffes schloß hierauf mit einem dreifachen Hoch die schon verlaufene Versammlung.

Wältrath. In diesem Frühjahr schlossen sich die hiesigen Kollegen in der Mehrzahl dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter an. Die Zelle zählt jetzt 44 Mitglieder. Sie sind überall, so glauben auch hier die Unternehmer, die Organisation sei nur das Werk einiger Heber, wie sie diejenigen bezeichnen, die besonders in die Agitation einwirken. Kommt man in persönliche Unterhandlung mit einem Unternehmer, so ist es nicht schwer, dies herauszufinden. Die Redensarten, welche Arbeiter waren stets zuhören, ich bin immer gut mit meinen Arbeitern ausgekommen, bis hierher oder jetzt kam und die Leute antworteten, da werden alle unzufrieden, kommen regelmäßig. Ein Zeichen, daß die Unternehmer die Arbeiter nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Es müßte ihnen doch leicht auffallen, daß der größte Teil sich nur widerwillig, so lange mit den Verhältnissen abfindet, so lange er als einziger so schwach ist, diese zu ändern, wogegen die Verhältnisse noch so schlecht sein. Ist aber einmal die Organisation da, die es ermöglicht, die vielen Einzelwillen zu einem Gesamtwillen zusammenzufassen und zum Ausdruck zu bringen, so hat der einzelne andere Wandel als früher, wo er allein auf sich angewiesen war, viel mehr bringt er jetzt seine zurückgestellten Wünsche zum Ausdruck. Die Unternehmer beachten ausgerechnet diese Verbesserung nicht, aber die Ansicht, daß sie allein nur zu bestimmen haben, auch über das Maß und Maß des Arbeiters, hat sich bei ihnen so fest eingebürgert, daß sie jede andere Meinung als einseitig ansehen. Auch hier in Wältrath ist es nicht anders. Vor einiger Zeit hatten die Kollegen einer Bauzelle der Firma Köpfer einige Wünsche, die sie gerne erfüllt sehen wollten, die aber auch sehr gut erfüllt werden konnten. Die Kollegen beantragten zunächst den Vorsitzenden der hiesigen Zelle, dem Unternehmer diese Wünsche zu unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit sollte aber unser Kollege das von diesem Unternehmer nach außen hin stets herangezogene Wortwollen gegen die Arbeiter von einer anderen Seite kennen lernen. Er wurde als Heber bezeichnet, er sei selbst daran, daß sich die Kollegen beschwerten, und ihm benahm, in 14 Tagen sei seine Zeit um. Jetzt wurde der Kollege Preis aus Elberfeld beauftragt, um mit dem Unternehmer über die Wünsche der Zelle zu verhandeln. Auch dem Kollegen Preis wurde diese Unterstellung schon dem Kollegen Preis so unangenehm, daß er dem Unternehmer sagte, er sollte die dort beschäftigten Arbeiter, ob seine Antwort richtig sei. Der Besatz wollte es nun, daß zur selben Zeit, als der Kassierer dieses Unternehmers nach der Zelle kam, auch der Kollege Preis dort

anwesend war. Hier zeigte sich schon der ganze Schwundel des Unternehmers im besten Bilde, da der Bauarbeiter es ablehnte, die Arbeiter in Gegenwart des Kollegen Preis darüber zu befragen, er wolle sie nachher einzeln fragen. Der Kollege Preis gab sich damit nicht zufrieden, sondern rief die dort beschäftigten Arbeiter auf eigene Faust zusammen, und nun wurde von allen dort beschäftigten Arbeitern einstimmig behauptet, daß der Kollege Preis den ausdrücklichen Auftrag von allen Arbeitern hatte, diese Wünsche dem Unternehmer zu unterbreiten. Es war also nichts wie eine gemeine Unterstellung von Seiten des Unternehmers. Wie weit der Unternehmer bestrebt ist, die berechtigten Wünsche unserer Kollegen zu erfüllen, beweist deutlich der Ausspruch des Bauarbeiters. Als die dort beschäftigten Arbeiter eine Verbote forderten, hat er ihnen geantwortet: Sie möchten sich unter die Eisenbahnbrücke setzen, die in der Nähe ist. In dieser Antwort liegt eine Mißachtung berechtigter Arbeiterwünsche, die parlamentarisch nicht zu kennezeichnen ist. Dabei wußte der Unternehmer gar nicht, was er bei der Verhandlung mit dem Kollegen Preis diesem alles sagen sollte, wie gut er es mit seinen Leuten meine. Im Winter habe er sie stets beschäftigt, und im letzten Winter habe er täglich 20 M. zuzulegen müssen. Alles aus "Wohlwollen" für die Arbeiter. Es sind aber nach der Meinung des Unternehmers nicht einmal Maurer, nur die bei Köpfer das Mauern lernen, die können mauern. Die Frage an Köpfer, ob er überhaupt in der Lage ist, zu beurteilen, wer mauern kann, wäre daher gar nicht unangebracht, denn er scheint nur die als tüchtig anzusehen, die mit allem, was Köpfer ihnen bietet, einverstanden sind. Alle übrigen sind es nicht. Hoffentlich halten unsere Kollegen in der Organisation zusammen, dann wird auch Köpfer seine Meinung noch revidieren und den berechtigten Wünschen entgegenkommen müssen. Vor allen Dingen dürfen sich unsere Kollegen mit beartigen Dingen nicht einschüchtern lassen. Es gibt noch Arbeit ohne Köpfer seine. Aber auch Köpfer macht seine Arbeit nur mit Arbeitern fertig. Er selbst tut es nicht.

Literarisches.

Fürsorge für die Abwanderer vom Lande. Zweite Auflage (4. bis 6. Tausend) Soziale Tagesfragen 31. Heft. Herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland. 8^o (48) Preis 60 Pf. M. Gladbach 1911, Volksvereins-Verlag GmbH. Inhalt: 1. Kapitel: Umfang der Abwanderung. 2. Kapitel: Religionen und soziale Schäden. 3. Kapitel: Mittel der Fürsorge. 4. Kapitel: Schutz der abwandernden weiblichen Jugend. — Das schnelle Wachstum unserer Großstädte hält in unermindelter Stärke an. Die Volkszählung von 1905 ergab im Gebiete des Deutschen Reichs 42 Großstädte mit 11 509 004 Einwohnern. Im Jahre 1910 war die Zahl auf 48 mit etwa 15 Millionen Einwohnern gestiegen. Im Jahre 1907 zählte man in den Großstädten 6 476 000 Köpfe fremd zugezogener Bevölkerung. Die große Mehrzahl unserer Großstädtebevölkerung rekrutiert sich also aus Zugezogenen, speziell vom Lande. An dieser Wanderung zur Stadt, speziell zur Großstadt, sind beide Geschlechter fast gleichmäßig beteiligt. Es sind besonders die jugendkräftigen, voranströmenden Elemente der Landbevölkerung, welche zur Großstadt abwandern. Die Loslösung von der Heimat, die Beseitigung in eine neue, ganz anders geartete Umwelt, hat für die Abwanderer eine Menge von Gefahren im Gefolge, denen nicht wenige zum Opfer fallen. Es ist deshalb eine brennende Frage, wie die Abwanderer einerseits in der Heimat gegen die Gefahren der Großstadt geschützt, und wie sie andererseits in der neuen Heimat einfinden und in den Organismus des städtischen und sozialen Lebens einfügen können. Das Broschürchen, das jedoch die Presse verläßt, enthält ein reiches statistisches Material zur Abwandererfrage und schildert die verschiedenartigen Mittel der Fürsorge in der Heimatgemeinde sowohl wie am neuen Wohnort. Für alle, die sich mit Volkswohlfahrt und Erziehung befassen, ist das Büchlein ein unentbehrlicher Ratgeber.

Die Reicherversicherungsordnung und ihr parlamentarischer Werdegang. dargestellt von einem Mitgliede der Zentrums-partei. Gr. 8^o (107) M. Gladbach 1911, Volksvereins-Verlag. Preis einzeln 60 Pf. 10 Exemplare zusammen 5 M. — Die vorliegende Schrift bringt eine Darstellung der Reicherversicherungsordnung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Vorteile gegenüber dem bisherigen Recht und spezieller Würdigung der Stellung, die die Zentrums-partei im Reichstage zu derselben eingenommen hat. Das erste Buch enthält die für alle Versicherungsarten gemeinsamen Vorschriften (Umfang der Versicherung, Träger der Versicherung, Versicherungsbehörden usw.). Das zweite Buch behandelt die Krankenversicherung. Ausführlicher wird hier die sogenannte Neutralisierung der Krankenkassen besprochen unter Hinweis auf die bisher hier vielfach übliche sozialdemokratische Parteiwirtschaft. Im dritten Buche wird die Unfall-, im vierten die Invaliden- (Alters-) und die rentenmäßige Hinterbliebenenversicherung dargestellt. Das letzte Buch enthält die Vorschriften über die Feststellung der Leistungen durch die Versicherungssträger sowie das Verfahren, das ebenfalls gegen früher eine Verbesserung erfahren hat. Wo die Sozialdemokratie nach ihren Erklärungen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen die Reicherversicherungsordnung als Agitationspunkt gegen die Parteien, die in mühevoller Arbeit diese geschaffen haben, ausnützen will, dürfte die vorliegende Schrift sowohl zur Abwehr als auch zum Angriff vorzügliche Waffen liefern.

Sozialistische Redekunst, Erfahrungen und Rathschläge von Adolf Damaskus. Verlag Gust. Fischer-Jena. Preis 1 M. Das Buch beginnt das Winterhalbjahr, das für das Organisationsleben gewissermaßen die Hochzeit bedeutet. Da heißt es schon jetzt, mit den nötigen Vorbereitungen zu beginnen. Was der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Zeit mehr wie je nothwendig ist, eine Veranbarung der freiwilligen Kräfte. Die Zahl der Gegner ist groß, sie beschäftigen ein Heer von Beamten, bezahlten Gauleitern usw. Und doch, der christlich-nationale Arbeiter muß sich sieghaft durchsetzen, wenn — nun, wenn jeder einzelne ein wahrer Streiter für seine Sache wird. Wie oft ist es nur Jagdsucht über falsche Scham, wenn man glaubt, vor der öffentlichen Betätigung zurückzutreten zu sollen. Rathschläge muß auch hier die Übung des Meisters machen, ganz besonders trifft dies zu auf alle die, die sich rechnerisch für ihre und ihrer Parteigenossen Interessen verwenden wollen. Für diese trifft es sich gut, daß der bekannte Vorsitzende des „Bundes Deutscher Bodenreformer“ loc. cit. einen genannten Schrift herausgegeben hat. Damaskus — ein Meister der freien Rede — hat hier alle seine reichen Erfahrungen, die er in einer 25jährigen Praxis gesammelt hat, niedergelegt. Das Buch zeichnet sich, wie alle Bücher Damaskus', durch leicht verständliche Darstellungsweise aus und gibt viel praktische Rathschläge und Winke. Jeder eifrige Gewerkschaftler sollte es besitzen, es ist ein Buch, das uns schon lange fehlt.

Von den Arbeitsstellen.

Am 29. August starb unser Kollege, der achters Joseph Reich jun. in der ... Straße, infolge Einbrechens einer Feinlampe, in den 8. Stock hohen ... Erlebte Verstandung des ... und der ...

sowie Quetschungen an Armen und Beinen, und eine Kassenkopfwunde waren die Folgen des Unglücksfalles. Ansehener ist das Unglück auf den Beton, der bei dieser trockenen, heißen Jahreszeit häufig zu wenig angefeuchtet wird oder durch langes Liegen bereits abgebrannt, zurückzuführen.

Werne, Bez. Münster. (W a u e i n s t u r z.) Am Mittwoch den 6. September, gegen 5 Uhr nachmittags, stürzte der 34-jährige Neubau Frie, welcher vom Unternehmer Wilbe angeführt wird, zur Fällte zusammen. Die Ursache ist, daß die Träger im unteren Stockwerk nicht genügend Auflage und Unterlage hatten. Der Hauptpfosten, auf dem die Träger mit 25 Zentimetern aufruheten, ist in sich zusammengefallen. Der Bau war bereits fertiggestellt und sollte am 1. Oktober bewohnt werden. Es arbeiteten ca. 25 Mann am Bau. Selbst wurde unser treuer Kollege Heinrich Delle am härtesten getroffen. Er erlitt einen Beinbruch und Herpflüftung, außerdem schwere Verletzungen am Kopf und Hals. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, ob er am Leben bleibt, ist zweifelhaft. Es ist ein Rätsel, daß nicht mehr verunglückt sind. Die Dachbedeckungen waren auf dem Dach beschäftigt. Einer davon stürzte mit die Tiefe ohne verletzt zu werden, desgleichen ein Zimmerer. Die Maurer, die im obersten Stockwerk am Putzen waren, sind auf das Dach des Nebengebäudes gestürzt, mit Ausnahme des Kollegen Delle. Dies ist der nämliche Bau, wo feinerer Kollege Zerbrügge aus Hamm vorstellig wurde wegen mangelhafter Abdeckung. Da wurde dem Kollegen nach dem Verletzungsgefahr. Wenn wir bei diesem Meister auf unsere Rechte hinwiesen, behauptete er stets, das macht bloß der Verband. Ob nun dieser Baueinsturz auch vom Verband herkommt? Der Regierungsbaumeister den Bau abgenommen und freigegeben hat, da sich Bauleiter, Unternehmer und Bauherr für die Kosten verpflichteten, konnte schon am andern Tag mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden. Darum gibt es keine gerichtliche Entscheidung, wer die Schuld hat.

Wiesdorf. Auf dem Fabrikneubau in Leberhusen, der von der Firma Zinck in Wiesdorf ausgeführt wird, waren am 6. September die Arbeiter damit beschäftigt, schwere eiserne Träger zu verlegen. Dabei machte der Kran eine Schwundung und stieß eine Säule um, die vor eine andere schlug, auf der bereits ein Träger verlegt war. Der Träger traf unseren Kollegen Adam Görg aus Helsenkirchen so unglücklich, daß er außer sonstigen Verletzungen einen Arm- und Beinbruch davontrug. Görg ist ein treues fleißiges Mitglied und Vater von drei Kindern.

Zur Aussperrung der christlich organisierten Cabakarbeiter am Niederrhein.

Folgende Firmen haben ausgesperrt oder den Aussperrungsbeschluß mit herbeigeführt:

- Dees: Herr's Oldendott sen. & Co.; Heinrich Dostendorp; Reubers & Offenbach; Friedr. Schulz;
- Ralbenkirchen: F. Kasian & Söhne; Heinz. Rehr; Gerget & Hutstens; H. Hoeltvoeth; Montel & Ordelheide; Gebr. Lommers; J. F. Ordelheide; E. Schmitz;
- Cleve: Johannis Franken; Fritz Frank; Joh. Noeloffs; Karl Klippers;
- Goch: Schellen & Kerzenboom; Gisbert & Frank; Johann d'Hone; Paul Stuzinger; Fr. Klafes; Otto Enselmann; H. J. Schreiber; E. F. Wurz; Jakob Spanier; C. Theodor Siemens; Jakob Zanzen; G. A. Brückhaus; Gebr. Blum; A. Stern & Co.; Hermann Planken;
- Geldern: Defers & Dever; Gebr. Berg; A. Voelges; Gebr. Kersten; Hagedorn;
- Dröy: Johann Kirking; A. Tendinger; W. Kersten; Gebr. Bierhaus; Metels & Hagemann;
- Emmerich: Theodor & Johann Klaffen; G. B. Seydemann; N. D. Stoppay; Jakob van Rüppen;
- Wesel: Peters & Hubert;
- Dorsten: A. Albrecht;
- Duisburg: A. F. Carlsanzen; Karl Dietwald;
- Walsdorf: Heinz. Tiefenbach.

Mit folgenden Firmen steht der Zentralverband christlicher Cabakarbeiter in Tarifverhältnis: Genossenschaftsabrik Rabbenkirchen; Wilhelm Mertens in Cleve; Wilhelm d'Urragon in Giddenhagen bei Wunde i. W.; F. A. Globius in Lohne (Oldendort); J. E. Kolp, Klein-Drobenburg (Hessen); Friedr. Heyermann in Huhst i. W.

Die Arbeitsverhältnisse ohne Tarif haben mit dem Verband geregelt: F. W. Bönnken in Greifath bei Krefeld; Reimer in Urdingen a. Rhein; F. Reuy in Wesel; Franz, Goch und G. Willemsen, Goch; Herm. Oldendott & Söhne in Waus i. W. (Tabak und Zigarren).

Bekanntmachungen.

Bezirk Hannover.

Mit Genehmigung des Zentralverbandes berufe ich eine Bezirkskonferenz für den Bezirk Hannover auf Sonntag, den 8. Oktober d. J. Vormittags 10 Uhr beginnend, nach Hildesheim ein. Tagesordnung:

1. Geschäftsericht.
2. Bericht über den 8. Verbandstag.
3. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in unserer Volkswirtschaft.
4. Anträge.

Zu delegierten Konferenzen müssen alle Verwaltungsstellen mindestens einen Delegierten entsenden. Die Kosten werden drüch getragen. Anträge sowie die Adressen der gewählten Delegierten müssen bis zum 25. September dem Unterzeichneten zugesandt werden. Weiter Mitteilungen erfolgen durch Mundschreiben.

Der Bezirksvorstand.
F. A. B. Bumrod.

Sterbetafel.

Am 14. August starb unser Mitglied Paul Fischer an Lungenleiden.

Zahlstelle Görlitz.

Am 2. September starb unser treues Mitglied Johann Rodewald infolge eines Unfalles.

Zahlstelle Ferne.

Infolge eines Schritts stürzte der Kollege Geotr Frühlich in der Umlandstraße 1/2 Stagen hinab. Er fiel so unglücklich auf unten lagernde Steine, daß er einen Schädelbruch erlitt. Nach wenigen Minuten hauchte der Kollege seinen Geist aus. Der Kollege Frühlich war 57 Jahre alt und seit 1902 ein tüchtiges Mitglied unseres Verbandes. Verwaltungsstelle Cassel (Maurer).
Ehre ihrem Andenken!